Eisenacher NACHRICHTEN

NR. 2 # Stadtinfo # August 1998

Tod in Deutschland

(üny) Flüchtlinge leben in Deutschland gefährlich. Todesschüsse erwarten sie an den Grenzen, in den Straßenbahnen werden sie von Neonazis gejagt und zu Tode geprügelt und in manchen Polizeirevier waren sie schon Foltern ausgesetzt. Auch in den Flüchtlingsheimen ist man bemueht ihnen das heimisch werden, durch miserable Verpflegung, Unterbringung und medizinische Verpflegungung, unmoeglich zu machen.

Kurdischen Flüchtling getötet

Am 2.7.98 erstatten 65 „Insassen" des Flüchtlingsheimes Altenburg Anzeige gegen den Heimarzt Dr. Stavilla wegen vorsätzlicher Tötung.
Am 29.6. ging der kurdische Flüchtling Hydar F. wegen Halsbeschwerden zum Heimarzt. Die verabreichten Medikamente führten jedoch nicht zum Erfolg, im Gegenteil die Schmerzen wurden stärker. Hydar ging erneut zum Arzt, doch dieser habe in jedoch nicht untersucht, sondern angewiesen sich ins Bett zu legen. Am 1.7. ging Hydar in Begleitung nochmals zum Arzt. Dieser soll aber statt ihn zu untersuchen und neue Medikamente zu geben, ihn angefahren haben, er solle, wenn es ihm hier nicht passe, sich in der Türkei untersuchen lassen.
Der Zustand von Hydar verschlechterte sich. Er bekam keine Luft mehr und spuckte Blut. Andere Fluechtlinge versuchten durch den Sicherheitsdienst des Hauses einen Rettungswagen zu besorgen. Nach einigem hin und her, wurde dieser gerufen. Eine Stunde später brachte ihn der Rettungswagen ins Krankenhaus. Dort konnte der behandelnde Arzt nur seinen Tot feststellen. Er sei vor etwa einer Stunde gestorben.

Kein Einzelfall

Bereits 1986 war im Altenburger Flüchtlingsheim ein togoischer Flüchtling gestorben, weil sich der Sicherheitsdienst geweigert habe, einen Rettungswagen zu rufen.

„Wir haben ein Recht auf menschenwürdige Behandlung!"

Die Anzeigenden Flüchtlinge fordern die Obduktion der Leiche, um die Todesursache festzustellen und einen neuen Heimarzt, weil dieser schon öfters durch rassistische Aeusserungen und Handlungen aufgefallen sei.
Das Thüringer Innenministerium hat Nachrichtensperre erlassen. ❐

REP Veranstaltung verhindert

(üny) 500 meist jugendliche DemonstrantInnen verhinderten am 18. Juli in Jena eine Kundgebung der „Republikaner". Der Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer mußte seine vor Rassismus strotzende Wahlkampfrede unter dem Schutz des „Thüringer Heimatschutzes" und der Polizei vor weniger als 20 REP-AnhängerInnen halten. Sirenengeheul, Trillerpfeifen und antifaschistische Losungen der 500 GegendemonstrantInnen ließen seine Worte ungehört verhallen. Laut Presse hatte der DGB-Ostthüringen zur Gegenaktion aufgerufen. Am Mittag fanden sich auf dem Marktplatz in Jena jedoch eine „Handvoll" engagierte GewerkschafterInnen, sowie VertreterInnen nichtfaschistischer Parteien und mehr als 400 junge Erwachsene aus verschiedenen Antifa-Initiativen und antirechten Jugendgruppen aus Jena, Weimar, Erfurt, Eisenach und anderen Gegenden Thüringens ein.

Mit Phantasie gegen Rechts!

Insbesondere die Junge Gemeinde Jena bereicherte die Gegenaktion mit phantasievollen Beiträgen. In einem Straßentheater stellen die Jugendlichen dar, wie sie Faschismus im Alltag, das Wegschauen der Mehrheit und die Mitläufer rechter Organisationen erleben. Auch die Parteien, die sich in der Regel mit Tatenlosigkeit auszeichnen, SPD, CDU, F.D.P., sahen sich genötigt sich bei den DemonstrantInnen zu bedanken und sich gegen Rechts zu stellen. Der Oberbürgermeister (F.D.P.) macht es jedoch deutlich, daß es ihm um den Kampf gegen den Extremismus ging - also Rechts und Links. ❐

Termine

31.7.-9.8.98 bei Berlin
Anarchistisches Sommercamp
Selbstorganisiertes Campleben, Arbeitsgruppen zu Themen wie Patriachat, Widerstand und Perspektiven des Anarchismus, Filme, aber auch spontane Treffen, Volleyball und mehr.
Infos: Jugendumweltladen, z.Hd. Andreas, Jagowstr. 12, 10555 Berlin, Fax: 030/40533639, Tel.: 0177/2724903, Email: acamp@jpberlin.de

2.8.-9.8.98
Fahrradtour gegen Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln
Infos/Anmeldung: Gen-ethisches Netzwerk e.V.; Schönweider Str. 3; 12055 Berlin; Tel.: 030/6857073; Fax: 030/6841183
Route: von Dresden über Meissen, Jena, Erfurt, **Eisenach (7./8.8.)**, nach Bebra
Infos während der Tour: 0177/2317221

2.-9.8.98 im Wendland
gewaltfrei - ökologisch - ungehorsam
Sommercamp im Wendland. Infos: Sommercamp im Wendland, X-tausendmal quer, Bahnhofstr.9, 29479 Jameln

Donnerstag, 6.8.98
19.00 Uhr: Antifa-Café; TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

Freitag, 8.8.98
19.30 Uhr: Auf den traditionellen Pfaden der Plains-Indianer - Kulturbotschafter berichten; CVJM-Haus, Hinter der Mauer 3, Eisenach

12.-17.8.98 in Hamburg
Selbstverwaltung, Utopie und Anders Leben
Eine Woche zum Austauschen von Utopien, Diskutieren politischer Theorien und alternativer Lebensformen. Auf dem Seminar wirds schon probiert ... Info: JUMP Hamburg, Gaußstr. 17, 22765 Hamburg, Tel.: 040/394094, Fax: 040/392073

Donnerstag, 13.8.98
19.00 Uhr: Antifa-Café; TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

Donnerstag, 20.8.98
19.00 Uhr: Antifa-Café mit Film: „Der unbequeme Weg" - Ein Dokumentarfilm von Michael Enger zur totalen Kriegsdienstverweigerung in der BRD und der früheren DDR; TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

Donnerstag, 27.8.98
19.00 Uhr: Antifa-Café; TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

27.-30.8.
anders leben und anders arbeiten?!
Seminar über verschiende Lebensprojekte und Ideen. Infos: Jugendbildungsstätte Hütten, Ortsstr. 11, 07318 Hütten, Tel.: 03647/414771

Akzeptierende Gewaltarbeit - Zum Umgang mit neonazistischer Jugendkultur im Bereich der Sozialarbeit und Jugendpolitik

(üny) Der ersten großen Welle rassistischer Gewalt Anfang der 90er folgte vielerorts die Beschäftigung mit den Tätern. Sozialwissenschaftliche Studien wurden in Auftrag gegeben, um die Motivationsgrundlagen der meist jugendlichen Gewalttäter zu ergründen und wissenschaftlich aufzuarbeiten. Doch obwohl vielfach ein direkter Zusammenhang zwischen der herrschenden Politik und der rassistischen Gewalt der Straße festgestellt wird, finden nur die Erklärungsmuster offizielle Beachtung, die den oft tief verwurzelten Rassismus der jugendlichen Neonazis mit dem Begriff „politisch diffus" entpolitisieren, die gruppendynamische Prozesse mit „Einzeltäter"-Thesen verschleiern und die Werteverluste, Arbeitslosigkeit sowie interkulturelle Verständigungsschwierigkeiten als Ursachen der Gewalt ausmachen. Das der Öffentlichkeit präsentierte Bild ist das des entwurzelten, Perspektiv- und Orientierungssinnes Jugendlichen, der, von Zukunftsängsten geplagt, sein Heil in der Gewalttätigkeit sucht. Basierend auf der These vom sogenannten „Modernisierungsverlierer" entstehen die Projekte der akzeptierenden Jugendarbeit. Ihr erklärtes Ziel, neonazistische Jugendliche von der Gewalt abzubringen, wird nur in wenigen Fällen erreicht. Statt dessen werden mancherorts Nazistrukturen gestärkt, die Existenz einer rechten Szene abgesichert und deren Gewalttätigkeiten lediglich verlagert. Die Täter werden zu Opfern erklärt und dem Rassismus wird weiter Vorschub geleistet.

Daß die statistischen Erhebungen die These des "Modernisierungsverlierers" nicht stützen, wird zwar zwangsläufig festgestellt, hat aber auf die derzeitigen jugendpolitischen Konzepte wenig Einfluß. Ein Zusammenhang zwischen rassistischen Einstellungen und sozialer Stellung konnte nicht belegt werden, und signifikante Ergebnisse brachten die Studien nur an dem Punkt, daß vor allem bei den Tätern aus gut situierten Verhältnissen ein direkter Zusammenhang von "instrumentalischer Arbeitsorientierung" – sprich dem vorrangigen Interesse an Geld, Aufstieg und Status - und extrem rechten Orientierungen existiert. Stärke und Überlegenheit sind für diese Jugendlichen die wichtigsten Normen, andere Menschen werden von ihnen primär unter dem Aspekt des Nutzens beurteilt. Aus dieser forcierten Identifikation mit den Werten Leistung, Wohlstand, Karriere und Geld resultiert die Abwehr gegen alle diejenigen, die als leistungsfähig gelten oder angeblich ohne eigene Leistung versorgt werden. Der eigenen Einschätzung nach gehören die Täter einer Elite an, die sich zu behaupten habe und die das Leben als ständigen Kampf ansieht, in dem sich der Stärkere durchsetzt. Die Feindbilder sind dabei recht stabil, und die Ausschließungsmechanismen richten sich nicht nur gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und Schwarze, sondern zunehmend auch gegen Behinderte, Schwule und Lesben, Obdachlose, Frauen und Andersdenkende.

Dadurch, daß diese Fakten aus der Diskussion weitgehend ausgeblendet werden, erscheinen die Neonazis lediglich als Randerscheinung des gesellschaftlichen Umbruchs, dem mit staatlicher Fürsorge und mit Arbeitsbeschaffung zu begegnen ist. Darüber hinausgehend werden Staat und Gesellschaft aus ihrer Verantwortung entlassen. Die politisch Verantwortlichen Können ihre rassistisch gefärbte Abschottungspolitik mit dem Hinweis auf das Volksempfinden, den „Druck der Straße", weiter verschärfen.

"..aus eigener Angst andere ängstigen"

Die ersten Projekte der "akzeptierenden Sozialarbeit" beschäftigten sich in den frühen 80er Jahren mit Hooligans, mit Punks und – als große Gruppe – mit den Drogensüchtigen in den bundesdeutschen Großstädten. Grundlage dieser aufsuchenden Sozialarbeit, dem sogenannten "Streetwork", war der Ansatz, gesellschaftliche "Problemgruppen" nicht länger ausschließlich mit Repression, Ausgrenzung und Stigmatisierung zu belegen, sondern ihre Lage ernst zu nehmen und als reales Problem anzuerkennen. Die Gruppen wurden an Treffpunkten aufgesucht, SozialarbeiterInnen boten sich durch parteiliche Unterstützung als AnsprechpartnerInnen in verschiedenen Problemlagen an und versuchten so, das Vertrauen ihres Klientels zu gewinnen. Hilfestellung wurde angeboten, um ein weiteres Absacken in Beschaffungskriminalität, Prostitution etc. zu verhindern und Ablösungsprozesse aus der Szene zu unterstützen. Die Sozialarbeit verstand sich hier als Sprachrohr und als notwendige Lobby einer Randgruppe, die oftmals nicht in der Lage war, eigene Belange zu formulieren, geschweige denn durchzusetzen. Hier erzielte dieser sozialarbeiterische Ansatz Erfolge und konnte sich schließlich gegenüber seinen KritikerInnen behaupten.

Basierend auf diesen Arbeitshypothesen wird die akzeptierende Sozialarbeit seit Anfang der neunziger Jahre auch mit rechten gewalttätigen Jugendlichen, vor allem Naziskinheadgruppen, praktiziert. Der bereits vorhandene Arbeitsansatz wurde schlichtweg übertragen. Schließlich hatten die Progrome für Aufsehen im In- und Ausland gesorgt, das "Ansehen der BRD" hatte stark gelitten. Die Zielsetzung dabei ist primär die Eindämmung der Gewalt, bei grundsätzlicher Akzeptanz der Jugendlichen und damit auch ihrer politischen Anschauungen. Sinn der Arbeit ist es, so Benedikt Sturzenhecker, leitender Mitarbeiter im Arbeitskreis Offene Jugendarbeit, „die Selbst- und Fremdachtung (...) der rechten Kids" zu stärken und deren „Angst" zu vermindern ebenso wie „ihre Handlungsweise, aus eigener Angst andere zu ängstigen."

Treffs werden an Brennpunkten der rechten Szene geschaffen, Räume freigemacht, Beschäftigungs- wie Freizeitprogramme entworfen und und allseits für Verständnis geworben. Die häufig hohen finanziellen Kosten werden bisweilen aus anderen Projekten abgezogen. Doch bei Übertragung der Erfahrungen und Konzepte der oben beschriebenen Projekte bleibt weitgehend unberücksichtigt, daß diese auf dem Reintegrationsbemühen von gesellschaftlich ausgestoßenen Menschen basieren. Nun allerdings stehen Jugendliche im Blickfeld, die in ihren Hochburgen (dort setzt die Sozialarbeit schließlich an) weitgehend akzeptiert und integriert sind, die sich selbst als die militante Vorhut des „gesunden Volksempfindens" verstehen und die ihre Legitimation auf klammheimliche und offene Sympathien in weiten Teilen der Bevölkerung und auf ein beinahe alltägliches Lebensgefühl stützen. Dort mit einem sozialarbeiterischen Konzept einzugreifen, welches eine bewußte Interessenvertretung und Parteinahme vorsieht und als Lobby funktionieren soll, bedeutet, zusätzliche Rückendeckung zu geben, wo es notwendig wäre, die schon bestehende Rückendeckung zu entziehen. Der Erklärungsansatz des „Modernisierungsverlierers" entbindet die TäterInnen von der Verantwortung für ihr Handeln. Er trägt ihnen die Opferrolle geradezu an und bestärkt sie dadurch in ihrem vermeintlichen Recht, sich ja „nur" gegen Mistände zu wehren. Die Aufmerksamkeit und Fürsorge, die den Jungnazis so widerfährt, bestätigt allzu viele in der Ansicht, richtig gehandelt zu haben und zu handeln.

Dieser Lobbyismus beeinflußt mancherorts die öffentliche Wahrnehmung. Dieselben Neonazis, die bislang eher als "Ärgernis" galten, werden durch die Protektion der Sozialarbeit aus ihrer Isolation herausgeführt, können ungeniert Imagepflege betreiben und finden teilweise gar Einzug in lokale jugendpolitische Gremien. Das Primärziel, die Gewalt unter dem Deckel oder zumindest unter Kontrolle zu halten, scheint bei gleichzeitiger Akzeptanz der Ideologie unerreichbar und verschleiert vielmehr, daß Gewalt eine unbedingte, wenn nicht die zentrale, Ausformung rechter Ideologie ist.

Für die potentiellen und tatsächlichen Opfer rassistischer Gewalt hingegen gibt es von Staats wegen kaum Verständnis und noch weniger tatkräftige Hilfe. Das daraus abzuleitende Prinzip , daß den politisch Verantwortlichen die "eigenen" Täter näher stehen als die "fremden" Opfer, forciert deren Ausgrenzung. Weitere rassistische Gewalt scheint vorprogrammiert. Die Leidtragenden sind darüber hinaus die Jugendlichen, die

eben nicht rechts sind. Sie werden gegenüber den Neonazis insofern benachteiligt, daß es für sie vielerorts keine eigenen Räume, keine Freizeitangebote und keine kostspieligen Berufs- und Beschäftigungsprogramme gibt. Und genau hierin liegt der Kardinalsfehler. Wenn als ein Grundziel der akzeptierenden Sozialarbeit das Herauslösen Einzelner aus der Szene, also die Trennung zwischen hartem Kern und Umfeld, festgelegt ist, dann muß es für diese auch Alternativen geben. Angebote müssen bereitgestellt werden, die attraktiver erscheinen, bereits bestehende Initiativen müssen entsprechend gefördert und geschützt werden. Nur unter diesen Rahmenbedingungen Können Projekte akzeptierender Jugendarbeit sinnvolle Arbeit leisten. Werden jedoch zugunsten von Nazibanden andere Projekte beschnitten und werden unpolitische, linke oder ausländische Jugendliche aus öffentlichen Räumen verdrängt, dann verlieren die kulturellen Gegenpole ihre Basen. Antifaschistische und antirassistische Projekte sehen sich darüber hinaus oft einer Repression ausgesetzt, und letztendlich pervertiert die Bekämpfung rassistischer Gewalt zur Bekämpfung ihrer GegnerInnen und Opfer.

Die Dominanzkultur in den no-go-areas

Projekte im Rahmen der akzeptierenden Jugendarbeit sichern heute vielerorts die Existenz einer rechten Jugendbewegung. Die geschaffenen Jugendzentren und Wohngruppen werden geschickt in die Strategien organisierter Neonazis eingebunden und als Rekrutierungs- und Anlaufpunkte ausgebaut. Dies schränkt die Einflußmöglichkeiten der SozialarbeiterInnen zusätzlich ein, vielfach werden sie auch mit massiven Drohungen unter Druck gesetzt. Gängiger Reflex ist das schrittweise Abrücken von selbstgesteckten Grundsätzen und Zielen. An diesem Punkt sind derartige Projekte offensichtlich gescheitert, deren Weiterführung ist nur noch sozialarbeiterische Arbeitsplatzerhaltung und unter Umständen auch das (sicher unfreiwillige) Heranführen neuer Klienten an den harten Kern. Spätestens hier müssen sich Projekte der akzeptierenden Jugendarbeit selbst auf die Erreichung der gesteckten Ziele überprüfen bzw. von einer kritischen Öffentlichkeit einer solchen Überprüfung unterzogen werden. Statt dessen wird Kritik an derartigen Projekten meist als verfrüht und undifferenziert zurückgewiesen. Die Arbeit benötige Zeit, um das Vertrauen des Klientels zu erlangen, erst dann seien Resultate zu erwarten. Doch genau diese Zeit hat die Neonazi-Bewegung mancherorts genutzt, um ihre kulturelle Dominanz zu festigen. In den durch den herrschenden gesellschaftlichen Konsens sowie durch die verfehlten Ansätze der Sozialarbeit und der Jugendpolitik entstandenen und entstehenden politischen wie territorialen Freiräumen ist ein immer stärkeres Zusammenwirken von rechter Subkultur mit neonazistischen Strategien und Organisierungsmodellen feststellbar. Die Jungen Nationaldemokraten sahen bereits 1993 im Rechtsrock die „Einstiegsdroge in die nationalistische Jugendszene" und sich selbst vor der Aufgabe, über „die Integration der Skins in die nationalistische Szene", das „Kulturmonopol der Etablierten" zu knacken. Der somit vorgegebene strategische Rückgriff auf die „Kultur" als Identifizierungsmerkmal, als vorpolitische Erlebniswelt und als Aktionsfeld fließt vielfach mit den innerkulturellen Organisierungsmodellen beispielsweise der Blood & Honour-Bewegung und der Hammerskins zusammen und erschwert zunehmend die Differenzierung zwischen der „Kultur" und dem „organisierten" Spektrum. Diese Wechselwirkungen legen den Grundbaustein dessen, was unter dem Namen "nationalbefreite Zonen" zum nazistischen Eldorado geworden ist. Dies zu erkennen, ist längst nicht mehr die Domäne der Antifa. Selbst die Medien, wie zum Beispiel die Berliner Zeitung, verweisen auf die inhaltlichen Deckungsgleichheit des Konzeptionspapiers "Schafft Befreite Zonen" mit dem kulturellen Hegemonialstreben der "rechten Gegenkultur-Ost", deren "Macher" strategisch denken und zudem wüßten, "wie man 'Staatsknete' erobert, in Jugendzentren die Böcke zu Gärtnern macht". Das Zentrum Demokratische Kultur in Berlin zeichnet in seiner aktuellen Studie nach, wie der Strategiebegriff der "befreiten Zonen" seine eigendynamische Umsetzung findet und so auf eine zentrale Steuerung verzichten kann - das recht treffende Fazit: "Man braucht es nicht herzustellen, es stellt sich von selbst ein."
Auch wenn der Osten Deutschlands in dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle spielt, darf nicht außer acht gelassen werden, daß mittlerweile im Westen, gerade in ländlichen Gebieten, braune Inseln entstanden sind. Martialische Skinheadbanden beherrschen dort die Straßenbilder und bilden die "Macht am Dorfbrunnen". Von ihnen geht die Faszination der Macht aus, von der sich gerade sehr junge Menschen angezogen fühlen. Mit brachialen Methoden wird das eigene Territorium abgesteckt und erweitert, die Entwicklung einer Alternativkultur verhindert und darüber die Sozialisation von vielen Jugendlichen im lokalen Einflußbereich geprägt. Vor diesem Hintergrund bleibt festzuhalten, daß ein ausschließlich auf Integration angelegter jugendpolitischer Ansatz wenig Aussicht auf Erfolg hat. Da aber die notwendige Isolierung zum heutigen Zeitpunkt in vielen Regionen zumindest mittelfristig nicht mehr machbar erscheint, bedarf es längerfristiger Konzepte vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich. Es gilt einen Wohlstandschauvinismus zu thematisieren, der in der gesellschaftlichen Mitte angesiedelt ist, und der sich in einer patriarchalen und rassistischen Dominanzkultur niederschlägt. Dem - gerade bei der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen zum Ausdruck kommenden - Prinzip, Probleme an Institutionen zu delegieren um darüber Gewissensberuhigung zu betreiben, muß gegenübergestellt werden, daß jede und jeder in der Verantwortung stehen. Deshalb müssen in der Bildungs- und Jugendpolitik intensive antirassistische Initiativen ansetzen, um langfristig braunen Rattenfängern und ihren politischen StichwortgeberInnen den Nährboden zu entziehen. ❐

Karawane

„Wir haben kein Wahlrecht, aber eine Stimme"

(üny) Flüchtling und MigrantInnen haben kein Wahlrecht, daher wollen sie sich mit der Karawane in den Wahlkampf einmischen. An den unverschämten Äußerungen der CDU und SPD zu den kurdischen und anderen Flüchtlingen, die mit Schiffen nach Italien kamen, könne man sehen, was die Nichtdeutschen während des Wahlkampfes zu erwarten haben. Fast jeden Monat werden die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen mit Füßen getreten, und die giftigen Äußerungen der PolitikerInnen finden in der deutschen Gesellschaft erschreckenden Widerhall. Es ist klar, daß, unabhängig vom Wahlergebnis, die Rechte der Nichtdeutschen eingeschränkt, Zehntausende abgeschoben und darüber hinaus viele mehr in solche Angst versetzt werden sollen, daß sie „freiwillig" auswandern.
Die Karawane ruft alle aktiven anti-rassistischen Gruppen und Organisationen auf, die Aktionen zu unterstützen.

Die Stationen:
13.-15.8. Bremen; 16./17.8. Hamburg; 18.8. Kiel; 19.8. Lübeck; 20.-22.8. Berlin; 23.8. Dresden; 24.8. Leipzig; **25.8. Tambach bzw. Jena**; 26.8. Göttingen; 27.8. Kassel; 28.8. Hannover; 29.8. Bielefeld; 30.8. Büren; 31.8. Osnabrück; 1.9. Nürnberg; 2.9. Regensburg; 3.9. München; 4.9. Stuttgart; 5.9. Rottenburg/Tübingen; 6.9. Straßbourg; 7.9. Karlsruhe; 8.9. Trier; 9.9. Mainz; 10.9. Wiesbaden; 11./12.9. Frankfurt/Hanau; 15.9.Bochum; 17.-20.9. Köln

Die Karawane soll der erste Schritt für eine Selbstorganisation der betroffenen Menschen sein und Anknüpfungspunkte für eine Solidarisierung anderer gesellschaftlicher Gruppierungen schaffen. Sie ist offen für Gruppen und Einzelpersonen: Ob man mit der Karawane mitreisen oder sich an den Aktionen in der jeweiligen Stadt beteiligen will - bitte setzen Sie sich mit einer der angegebenen Kontaktadressen in Verbindung.

Eure Unterstützung ist Notwenig!

Kontakte: Internationaler Menschenrechtsverein: 0421-5577093; Fax 0421-5577094, Mail@human-rights.de oder Flüchtlingsrat Thüringen: 0361-5961390; Fax 0361-5961246 oder „The Voice": 0172-5916380; Fax 03641-420270 ❐

art better than action - action better than art?

Mit der Hilfe von 2000 PolizistInnen konnten 400 Nazis am 11.7.98 in Chemnitz eine vom NPD-Kreisverband Chemnitz angemeldete Kundgebung durchführen. Damit blieb die TeilnehmerInnenzahl weit unter den großspurig angekündigten 1500 FaschistInnen. Eine von der NPD geplante Demonstration wurde vom Oberverwaltungsgericht Bautzen untersagt. An den dezentralen Gegeaktivitäten beteiligten sich 1000 AntifaschistInnen, an einer Menschenkette und Kundgebung der Initiative "Mut zur Demokratie" nahmen 6000 BürgerInnen teil. 300 Menschen, vorwiegend AntifaschistInnen, kamen in Polizeigewahrsam.

(üny) Die Meldungen über Nazi-Aufmärsche häufen sich und scheinen schon Alltag zu werden. Nach Dresden und Leipzig ist Chemnitz nur ein weiterer Akzent zwischen den vielen kleinen Naziaktivitäten. Fast jedes Wochenende findet mindestens eine Demonstration der NPD/JN statt, Infostände und Flugblattaktionen ergänzen das Bild. Vor allem im Osten der BRD versuchen Nazis im Vorfeld der Bundestagswahlen Stimmungsmache zu betreiben – AntifaschistInnen befinden sich in einer Phase der Reaktion, deren Ende noch nicht abzusehen ist.
Die antifaschistischen Ativitäten in Chemnitz dominierte personell das bürgerliche Spektrum. Eine erstaunlich große Zahl von Menschen waren dem Aufruf von SPD, PDS, Gewerkschaften und Kirchen sowie des CDU-Ausländerbeauftragten gefolgt, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen – zusammen mit dem Antifa-Spektrum ergab dies 7000 AntifaschistInnen.
Einem Kunstfest mit Philharmonie, Performance, Liedern, Satire und Rockmusik war eine 3,6 km lange Menschenkette um die gesamte Chemnitzer Innenstadt vorausgegangen. Die OrganisatorInnen der Initiative "Mut zur Demokratie" wollten damit "Radikalität in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gruppierungen" zeigen, so Herbert Berger. Der Journalist und Mitbegründer des Chemnitzer Initiativkreises gegen den Nazi-Aufmarsch will "an ihre Wurzeln. Und ihre Wurzeln bestehen darin, mit dumpfen Parolen auf Stimmenfang zu gehen und Gewaltbereitschaft zu signalisieren." Im Mittelpunkt des dazu nötigen Konzeptes "mit friedlichem Charakter" stand die Menschenkette, "weil jeder mitmachen kann."
Teile der Initiative "Mut zur Demokaratie" stempelten schon im Vorfeld AntifaschistInnen als Krawallmacher ab. Mit dieser Ausgrenzung leisteten sie dem Polizeieinsatz Vorschub. Auch danach wurden die über 1000 Menschen, welche sich der NPD direkt entgegenstellten, als Gewalttäter kriminalisiert. Die Menschenkette gegen die NPD wurde zu einer Menschenkette gegen jeglichen Extremismus und für eine wehrhafte Demokratie durch den Chemnitzer Oberbürgermeister Seifert umgedichtet.
Das Antifa-Spektrum hatte, wie schon in Leipzig, vom Besuch der zentralen Gegenkundgebung abgeraten. Eine Bindung durch Polizeikräfte und somit Handlungsunfähigkeit wurde befürchtet. Ein dezentrales Vorgehen, d.h. jedEr versucht mit der eigenen Gruppe so nah wie möglich an die Nazikundgebung heranzukommen, um diese dann zu behindern, wurde deswegen favorisiert. Doch selbst dieses Vorgehen erwies sich als ungenügend. Anders als in Leipzig gab es im gesamten Stadtgebiet mobile Polizeikontrollen, Gruppen ab 10 Personen wurden willkürlich in Gewahrsam genommen.

Gezielte Festnahmen

Der in der Öffentlichkeit häufig getroffenen Aussage, die Polizei wäre auch nur irgendwie deeskalierend aufgetreten, muß entschieden widersprochen werden, so der Chemnitzer Infoladen "Outbreak". Der Einsatz der Polizei habe das Ziel verfolgt, so viele AntifaschistInnen wie möglich festzunehmen. Bereits bis Mittag, also noch vor Beginn der NPD-Kundgebung, nahm die Polizei mehr als 300 Leute ohne den geringsten Anlaß fest. Als Gründe wurden im nachhinein überwiegend Nichtbefolgung eines Platzverweises (ohne einen solchen ausgesprochen zu haben), Vermummung (dafür reichte an diesem Tag ein Tuch im Rucksack) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz angegeben. Die Gründe für den Gewahrsam wurden nach Belieben festgelegt.
Mehrere Leute wurden direkt vor der Haustür festgenommen. Gezielt griff die Polizei PassantInnen mit Handys heraus. Pech hatte, bei wem das Handy klingelte. Telefonzellen in der Innenstadt wurden bis auf die Notrufnummern lahmgelegt. Zahlreiche AntifaschistInnen nahm die Polizei auf dem Weg zur bzw. entlang der Menschenkette fest, während Nazis provozierend durch die Reihen der GegendemonstrantInnen spazieren konnten.
Wer die NPD-Kundgebung zu laut störte, wurde festgenommen. Bei den Festnahmen gab es mindestens zehn Verletzte, ein Journalist wurde angegriffen, als er eine brutale Festnahme fotografieren wollte. Die in Gewahrsam genommenen AntifaschistInnen, unter ihnen viele Minderjährige, brachte die Polizei in drei Gefangenensammelstellen (Gesa). Zwei der Gesa,
ehemalige NVA- bzw. Stasi-Gelände am Stadtrand, standen mehrere Jahre leer und mußten in der Woche vor der Nazidemo erst „instandgesetzt" werden.
Einige mußten sich im „Vorbeugegewahrsam" bis auf den Ring am Finger ausziehen. Alle kamen in große Sammelzellen und wurden erst in der Nacht wieder entlassen.
Das Konzept der Initiative, mittels eines Volksfestes die NPD als verlorenes Häuflein zu verharmlosen, scheint aufgegangen zu sein. Ist es aber auch die richtige Art, mit rechten Positionen umzugehen? Eine inhaltliche Auseinandersetzung über rechte Bestrebungen und deren Ursachen muß geführt werden. Jens Wilde, Sozialarbeiter und Stadtrat für die PDS in Chemnitz: "Ja, und dann fehlte natürlich im Konzept selbst neben dem, was man über Theater, Musik oder Kabarett darstellen kann, eine politische Aufklärung, also eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem, was NPD ist. Wie sehen die Strukturen aus, über die sich rechtsextreme Parteien Raum in der Gesellschaft verschaffen, und welcher gut getarnter Parolen bedienen sie sich? Ich weiß nicht ob immer der Bockwurst- und Bierstand in der Nähe sein muß, vielleicht wären an der Stelle ein paar Infotafeln oder Infostände sinnvoller gewesen." ❐

Soliaufruf

Hilfe für Familie von kurdischem Freund und Kollegen!

Ende Juni waren die Einwohner der Stadt Adana in der Türkei von einem schweren Erdbeben betroffen.

Auch die Familie von unserem kurdischen Freund ... mußte ihr Haus verlassen, da es nicht mehr bewohnbar ist. Seine Mutter, zwei Schwägerinnen und mehrere Kleinkinder sind obdachlos und mußten kurzfristig nach Kurdistan ziehen. Dort können sie aber wegen der Verfolgung der Familie durch türkische „Sicherheitsorgane" nicht bleiben.

Wir möchten hiermit um finanzielle Hilfe für den Aufbau des beschädigten Hauses in Adana bitten!

Spenden erbitten wir auf folgendes Konto:
DGB-Ortskartell Eisenach, Wartburg-Sparkasse, Konto-Nr.: 15130, BLZ: 84055050, KW: Erdbebenhilfe

Jede noch so kleine Spende bedeutet Solidarität und ist eine große Hilfe.

Mit solidarischen Grüßen,
DGB-Ortskartell Eisenach

Impressum: Eisenacher Nachrichten, c/o Briefkasten des DGB, Grimmelsgasse 2, 99817 Eisenach. Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe zu kürzen. Redaktionelle Artikel sind mit red gekennzeicnet, andere mit üny.